

Lübeck, 30.01.2024

Anfrage

Bearbeitung: Astrid Völker (E-Mail: astrid.voelker@luebeck.de Telefon: 122-1051)

Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur "Gendersprache".

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
13.02.2024	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:

Per Pressemitteilung vom 30.12.2019 hat der Bürgermeister u. a. folgendes mitgeteilt:

„Deshalb wird zukünftig in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck so formuliert, dass sich alle Geschlechter angesprochen fühlen. Dies erfolgt in erster Linie durch geschlechtsumfassende Formulierungen, wie zum Beispiel Beschäftigte, Studierende oder Teilnehmende. Falls dies nicht möglich ist, darf der Gender:Doppelpunkt verwendet werden, wie zum Beispiel Bewohner:innen oder Kolleg:innen.“

Hierzu frage ich den Bürgermeister:

- a) Welche Ziele wurden mit der Anordnung der Gendersprache in der Verwaltung im Jahr 2019 verfolgt?
- b) Wurden die Ziele erreicht? (Bitte um gesonderte Angabe für jedes einzelne mit der Anordnung verfolgte Ziel)
- c) Wie hat sich die Anordnung auf die Verständlichkeit von Texten ausgewirkt?
- d) Wie verhält sich die Anordnung zum Beschluss der Bürgerschaft zur Verwendung "einfacher Sprache"?
- e) Wie bewertet die Stadt die Diskrepanz zwischen der Verwendung der Gendersprache im Außenauftritt einerseits und der Bewertung der Gendersprache als "Fehler" in den städtischen Schulen gemäß offizieller Anordnung der Landesregierung andererseits?
- f) Ist zu erwarten, dass die Anordnung im Sinne der Lebendigkeit der Sprache seitens der Verwaltung zu irgendeinem Zeitpunkt der Evaluation unterliegt und wenn ja: Wann?
- g) Ist die Verwendung der Gendersprache für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung verpflichtend oder steht ihnen die Verwendung frei?

Begründung:

Anlagen: